

Finanzstatusbericht zum 31.07.2009

1. Einleitung

Dieser Finanzstatusbericht basiert auf dem Stand der Finanzbuchhaltung am 31.07.2009. Er enthält die Prognosen der budgetverantwortlichen Amtsleitungen auf den 31.12.2009 und führt diese zu einer Gesamtprognose auf den Jahresabschluss 2009 zusammen. Schließlich enthält der Bericht auch eine Bewertung des Status zum Stichtag.

Der Bericht soll dazu dienen, Verwaltungsleitung und Kreistag über den Stand der Haushaltswirtschaft im laufenden Haushaltsjahr zu informieren. Er soll die Haushaltssteuerung unterstützen, dem Kämmerer Entscheidungen über Steuerungsmaßnahmen erleichtern.

2. Gesamtergebnisplan

Pos.	Name	Ansatz 2009	Ermächtigungsübertragungen	Prognose	Vergleich Prognose / Ansatz
01	Steuern und ähnliche Abgaben	5.580.000	0	4.152.000	-1.428.000
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	190.078.184	0	190.169.000	90.816
03	+ Sonstige Transfererträge	1.788.500	0	2.445.000	656.500
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	15.288.510	0	14.945.000	-343.510
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	253.900	0	253.000	-900
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	12.577.755	0	12.903.000	325.245
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	2.388.540	0	2.605.000	216.460
08	+ Aktivierte Eigenleistung	20.000	0	117.000	97.000
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	227.975.389	0	227.589.000	-386.389
11	- Personalaufwendungen	35.217.908	0	33.272.000	-1.945.908
12	- Versorgungsaufwendungen	4.850.000	0	7.187.000	2.337.000
13	- Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	14.694.468	2.311.439	14.902.000	207.532
14	- Bilanzielle Abschreibungen	6.973.500	0	6.974.000	500
15	- Transferaufwendungen	130.050.714	261.236	131.469.000	1.418.286
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	35.261.509	107.415	36.872.000	1.610.491
17	= Ordentliche Aufwendungen	227.048.099	2.680.090	230.676.000	3.627.901
18	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (Z. 10-17)	927.290	-2.680.090	-3.087.000	-4.014.290,00
19	+ Finanzerträge	592.710	0	683.000	90.290
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1.520.000	0	1.420.000	-100.000
21	= Finanzergebnis (Z. 19-20)	-927.290	0	-737.000	190.290,00
22	= Ordentliches Ergebnis (Z. 18+21)	0	-2.680.090	-3.824.000	-3.824.000
23	+ Außerordentliche Erträge		0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen		0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (Z. 23+24)	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis (Z. 22+25)	0	-2.680.090	-3.824.000	-3.824.000

In der Spalte „Vergleich Prognose/ Ansatz“ wird die Differenz zwischen der aktuellen Prognose und dem Ansatz des Haushaltsplanes 2009 dargestellt.

Insgesamt werden bis zum Jahresende **Mindererträge von rd. 0,4 Mio. €** erwartet.

Bei den ordentlichen **Aufwendungen** wird mit einer **Steigerung von rd. 3,6 Mio. €** gerechnet. Im Finanzstatusbericht zum 30.04.2009 wurde eine Steigerung von ca. 6,1 Mio. € prognostiziert. Die Verbesserung ist im Wesentlichen auf die veränderten Berechnungen zu den Pensions- und Beihilferückstellungen zurück zu führen. Die Prognosen der Westfälischen Versorgungskasse - wvk – und der Heubeck AG führen wegen der Berücksichtigung der verlängerten Lebensarbeitszeit zu einer Entlastung gegenüber der Erwartung zum 30.04. von rd. 1,7 Mio. €. Der Haushaltsansatz muss gleichwohl um 250 T€ überschritten werden.

Die aus dem Jahr 2008 übertragenen Ermächtigungen in Höhe von 2.680.090 € stehen für Aufwendungen im Folgejahr 2009 bei folgenden Positionen zur Verfügung:

Ziffer 13 – Aufwand für Sach- und Dienstleistungen	2.311.439 €
Ziffer 15 – Transferaufwendungen	261.236 €
Ziffer 16 – Sonstige ordentliche Aufwendungen	107.415 €

Das Jahresergebnis 2009 wird durch diese Aufwendungen unmittelbar belastet. Inwieweit über diese zusätzlichen Ermächtigungen verfügt werden wird, lässt sich aus den Prognosen im Einzelnen ersehen. Entsprechende Erläuterungen erfolgen bei der jeweiligen Ziffer.

3. Personalbudget

Die Personalaufwendungen des Kreises sind aus den Budgets der Ämter herausgelöst und bilden ein eigenes abgeschlossenes Budget.

Es sind Aufwendungen für das aktive Personal und Versorgungsaufwendungen zu leisten. (– = Verbesserung, + = Verschlechterung)

Bezeichnung	Ansatz 2009 €	Prognose €	Abweichung €
Bezüge der Beamten	10.040.502	9.939.263	- 101.239
Vergütung tariflich Beschäftigte	16.976.650	17.144.006	+ 167.356
Vergütung sonst. Beschäftigte	413.820	364.146	- 49.674
Versorgungskassenbeiträge	4.999.750	5.156.963	+ 157.213
Sozialversicherungsbeiträge	3.457.186	3.421.871	- 35.315
Beihilfen/Unterstützungsleistg. für Beschäftigte	500.000	500.000	+ 0
Rückstellungen aktives Personal	2.580.000	611.198	- 1.968.802
Beihilfenunterstützung ehem. Beschäftigte	650.000	650.000	+ 0
Rückstellungen ehem. Beamte	450.000	2.671.955	+ 2.221.955
Gesamtsumme	40.067.908	40.459.402	+ 391.494

Die Prognose nach dem Stand am 30.04.2009 ging davon aus, dass die Mittel für den Personalaufwand ausreichen würden. Eine gravierende Abweichung von 2,0 Mio. € wurde nach den ersten Berechnungen der wvk bei den Rückstellungen für Pensionen und Beihilfe befürchtet. Zugleich wurden neue Berechnungen beauftragt. Diese berücksichtigen die inzwischen gesetzlich geregelte Altersgrenze von 67 Jahren. Es zeigt sich, dass per Saldo bei den Rückstellungen eine Verschlechterung von "nur noch" rd. 250 T€ eintreten wird. Weitere Veränderungen, vor allem bei den Zahlungen an die wvk (+ 157 T€) lassen insgesamt einen Mehraufwand von rd. 390 T€ erwarten.

4. Prognosen im Einzelnen

Die Übersicht über den Gesamtergebnisplan (Punkt 2) weist eine erwartende Verschlechterung des Jahresergebnisses von rd. 3,8 Mio. € aus. Diese Abweichung gegenüber der Veranschlagung 2009 ergibt sich aus folgenden Prognosen:

Ziffer 01 – Steuern und ähnliche Abgaben - 1.428 T€

Die Bewilligung der Ausgleichsleistung des Landes für den Fortfall des Wohngeldes wurde mit 5,1 Mio. € in den Haushalt eingestellt. Gegenüber dem Vorjahr (Ergebnis 5,4 Mio. €) war mit einem Rückgang zu rechnen. Bewilligt wurde überraschenderweise jedoch nur ein Betrag von 3.695 T€, nachdem der vom Land zur Verfügung gestellte Gesamtbetrag für die kommunalen Träger der Leistungen nach dem SGB erneut abgesenkt wurde.

Der Kreis hat gegen den Festsetzungsbescheid Widerspruch erhoben. Einige Träger haben Verfassungsbeschwerde gegen das Ausführungsgesetz des Landes zum SGB II eingelegt.

Ziffer 02 – Zuwendungen und allgemeine Umlagen + 91 T€

Nicht veranschlagte bzw. über den Ansatz 2009 hinausgehende Erträge aus Zuwendungen gehen ein z.B. für Schulprojekte, im Rahmen der Ausgleichsleistungen nach dem SGB IX, für den Integrationsbericht und für die Aktion "Jugend in Arbeit".

Die Erträge im Rahmen des Finanzausgleichs dagegen wurden auf der Grundlage des Entwurfs des GFG 2009 veranschlagt, so dass keine Abweichungen eingetreten sind.

Zuwendungen im Rahmen des Konjunkturpaketes II finden noch keine Berücksichtigung, weil der Maßnahmenfortschritt abzuwarten ist. Da die Aufwendungen durch den direkten Abruf der Fördermittel gedeckt werden, verhalten sich die Mittel abschlussneutral.

Ziffer 03 – Sonstige Transfererträge**+657 T€**

Der Kreis als örtlicher Träger der Sozialhilfe erstattet den Krankenkassen die Krankenhilfekosten. Strittig war bisher der Anteil der Landschaftsverbände an diesen Kosten. Im Haushaltsplan wurde bereits eine Kostenerstattung von 50 T€ eingeplant. Auf der Basis eines abgeschlossenen Vergleichsvertrages konnte der Kreis einen Betrag von 490 T€ erzielen.

Über die Ansätze hinaus gehen auch die Erträge bei der Hilfe zur Pflege im Produkt 050440 – Pflege – (+ 90 T€) und bei dem Produkt 050120 - Grundsicherung im Alter - (+ 45 T€) -.

Ziffer 04 – öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte**- 344 T€**

Die unterschiedliche Entwicklung der einzelnen Gebührenansätze des Kreishaushaltes zeigt die nachfolgende Tabelle:

Produkt	Bezeichnung	Ansatz €	Prognose €	Abweichung €
100210	Wohnungsbauförderung	110.000	110.000	0
020230	Bußgeldstelle	18.000	21.700	3.700
020240	Personenstand, Staatsangeh.	90.000	70.000	-20.000
020320	Rettungsdienst	4.150.000	4.200.000	50.000
020410	Verkehrssicherung	130.000	130.000	0
020420	Gewerbl. Pers.bef., GKr.Verkehr	60.000	40.000	-20.000
020430	Fahrerlaubnisse, Fahrschulang.	550.000	550.000	0
020440	Kfz.- Zulassungen	1.980.000	2.000.000	20.000
020610	Überwachung Lebensm. u.a.	7.000	9.000	2.000
020620	Überwachung Fleischhygiene	724.000	613.000	-111.000
020710	Tierseuchenbekämpfung	22.000	21.000	-1.000
020730	Tierschutz	3.000	4.500	1.500
030110	Berufskollegs	200	13.480	13.280
030120	Förderschulen	3.700	5.847	2.147
050440	Pflege	2.000	7.000	5.000
060110	Jugendsozialarbeit, Ki/JuSchutz	1.500	2.150	650
060510	Tagesbetreuung für Kinder	4.580.000	4.580.000	0
070120	Ärztliche/zahnärztliche Gutachten	130.000	150.000	20.000
070130	Gesundheitsschutz	70.000	80.000	10.000
130110	Landschaftspflege, Naturschutz	206.000	206.000	0
090210	Vermessung/Erhebung Geodaten	200.000	180.000	-20.000
090220	Führung von Geobasisdaten	350.000	350.000	0
090230	Geoinformationsdienste	270.000	240.000	-30.000
090240	Grundstückswerte/neuordnung	45.000	45.000	0
100110	Genehmigungsverfahren Bauamt	900.000	600.000	-300.000
100115	Immissionsschutz	50.000	100.000	50.000
110110	Abfallentsorgung/-überwachung	4.000	6.000	2.000
120110	Straßenbau und -unterhaltung	7.500	4.000	-3.500
140110	Landw. Wasserwirtschaft	90.000	70.000	-20.000

Die Tabelle weist aus, dass ein Rückgang bei den konjunkturabhängigen Bau- und Vermessungsgebühren erwartet wird. Auch wenn die zu erwartenden Gebührenerträge rückläufig sind, ist gegenüber der Prognose zum 30.04.2009 eine Verbes-

serung eingetreten, weil jetzt auch bei den Rettungsdienstgebühren, den Kfz.- Zulassungen und im Gesundheitsschutz Mehrerträge erwartet werden.

Gebühren im Immissionsschutz sind vollständig an das Land abzuführen.

Den geringeren Gebühren im Rahmen der Fleischhygiene für BSE- Untersuchungen stehen geringere Aufwendungen in etwa gleicher Höhe für die Untersuchungen gegenüber, nachdem das Alter der pflichtig zu untersuchenden Tiere heraufgesetzt wurde.

Ziffer 06 – Kostenerstattungen und Kostenumlagen + 325 T€

Die Kostenerstattung des Bundes für die Aufwendungen für Unterkunft und Heizung steigt in Abhängigkeit der höheren Leistungen des Kreises um rd. 325 T€ und führt somit zu dem unter dieser Ziffer prognostizierten Mehrertrag.

Ziffer 07 – sonstige ordentliche Erträge + 216 T€

Der überwiegende Anteil des Ansatzes 2009 enthält Buß- und Zwangsgelder aus den verschiedensten Verwaltungsbereichen. Wie die Prognosen der Ämter zeigen, werden die Ansätze insgesamt erreicht.

Darüber hinaus enthält diese Ziffer des Ergebnisplanes nicht planbare Erträge, wie z.B. Säumniszuschläge, Stundungszinsen, Ersatzleistungen von Versicherungen, Skonti, Erstattungen von Leistungen nach dem Altersteilzeitgesetz und andere. Diese zusätzlichen Erträge werden voraussichtlich den o. g. Betrag ausmachen.

Ziffer 08 – aktivierte Eigenleistungen + 97 T€

Erstmals 2009 wurde hierzu ein Ansatz geschätzt. Es zeigte sich bereits im Jahresabschluss 2008, dass der Betrag höher anzusetzen ist. Diese Erträge stellen innerbetriebliche Leistungen dar, die mit eigenen Arbeitskräften und Materialien hergestellt werden und die zu den Herstellungskosten einer Investition aktiviert werden. Es handelt sich dabei um Vermessungsleistungen des Vermessungs- und Katasteramtes im Rahmen des Straßenbaus.

Ziffer 13 – Aufwand für Sach- und Dienstleistungen + 208 T€

Veranschlagt sind hier die Aufwendungen für die Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude, der Fahrzeuge und des sonstigen Anlagevermögens.

Der Ansatz des Haushaltes 2009 in Höhe von rd. 14,7 Mio. € wurde aufgestockt um die aus dem Vorjahr übertragenen Ermächtigungen in Höhe von rd. 2,3 Mio. €. Im Ansatz des laufenden Jahres enthalten ist ein Betrag von 2,0 Mio. € für die Außenfassade des Berufskollegs Beckum. Für diesen Zweck übertragen wurden rd. 1,9 Mio. €. Es zeigt sich, dass die Mittel nicht wie veranschlagt abfließen werden. Vielmehr ist auch in diesem Jahr damit zu rechnen, dass eine Ermächtigungsüber-

tragung erforderlich wird. Die Höhe richtet sich nach dem Baufortschritt und den eingereichten Rechnungen der ausführenden Unternehmen.

Die übrigen Ansätze, insbesondere die Festwerte der Schulen, werden nach heutigem Stand ausgeschöpft werden.

Insgesamt muss also mit einer Überschreitung der Haushaltsposition von rd. 200 T€ gerechnet werden.

Ziffer 15 – Transferaufwendungen

+ 1.418 T€

Produkt	Bezeichnung	Ansatz 2009 €	Prognose €	Abweichung €	Abweichung im Produkt €
050110	Hilfe zum Lebensunterhalt	1.836.150	1.670.000		- 166.150
	- außerhalb von Einrichtungen	1.300.000	1.100.000	- 200.000	
	- in Einrichtungen	520.000	490.000	- 30.000	
	- Jugend in Arbeit	16.150	80.000	+ 63.850	
050120	Grundsicherung Alter/Erwerbsminderung	9.200.000	9.355.000		+ 155.000
	- außerhalb von Einrichtungen	8.500.000	8.600.000	+ 100.000	
	- in Einrichtungen	700.000	755.000	+ 55.000	
050130	Hilfe in bes. Lebenssituationen	4.093.150	4.093.150		+ 0
050440	Pflege	11.670.200	12.801.500		+ 1.131.300
	- ambulant	750.000	860.000	+ 110.000	
	-stationär	6.000.000	6.100.000	+ 100.000	
	-Pflegewohngeld	3.900.000	4.500.000	+ 600.000	
	- Zusch. an amb. Pflegeeinrichtungen	800.000	870.000	+ 70.000	
	- bewohnerorientierte Aufwendungszuschüsse	210.000	470.000	+ 260.000	
	- Schulungsmaßnahmen Seniorenarbeit	10.200	1.500	- 8.700	
	Gesamtsumme	26.799.500	27.919.650	+ 1.120.150	+ 1.120.150

Wie die Tabelle zeigt, wird bei den sozialen Leistungen insgesamt voraussichtlich ein Mehraufwand von rd. 1,1 Mio. € eintreten.

Die Erwartungen des Sozialamtes für die Aufwendungen des Produktes – Pflege- (+ 1.131.300 €) gehen noch über die Prognose zum letzten Finanzstatus hinaus.

Für bewohnerorientierte Aufwendungszuschüsse wird mit einem Mehraufwand von 260 T€ gerechnet. Nachdem gerichtlich festgestellt wurde, dass die sog. eingestreuten Kurzzeitpflegeplätze zu fördern sind, haben Einrichtungen Anträge auf Förderung gestellt, die hiervon bisher abgesehen hatten. Entgegen bisher von 43 Einrichtungen, liegen jetzt die Anträge von 122 Einrichtungen vor. Zurzeit ist bei einem Haushaltsansatz von 210 T€ bereits über 183 T€ verfügt worden.

Bei den Zuschüssen für ambulante Pflegedienste wird es zu einer Überschreitung des Ansatzes um 70 T€ kommen, bedingt durch die Eröffnung weiterer Einrichtungen.

Die Fallzahlen beim Pflegewohngeld sind von 718 im Mai 2008 auf aktuell 787 weiter gestiegen, so dass mit einem Mehraufwand von 600 T€ gerechnet wird.

Schließlich führt die Hochrechnung auf der Grundlage des Ergebnisses am 31.07. bei der Hilfe zur Pflege außerhalb von Einrichtungen zu einem erwarteten Mehraufwand von 110 T€.

Ein weiterer Mehraufwand ergibt sich durch die Inanspruchnahme der Ermächtigungsübertragungen, die sich auf verschiedene Ämterbudgets verteilen.

Ziffer 16 – Sonstige ordentliche Aufwendungen

+ 1.610 T€

Produkt	Position und Bezeichnung	Ansatz 2009 €	Prognose €	Abweichung €	Abweichung im Produkt €
050210 Grundsicherung					
Erträge	Pos. 01 Steuern und ähnliche Abgaben	5.100.000	3.695.543		- 1.404.457
	Pos. 06 Kostenerstatt. u. Kostenumlagen	7.915.000	8.270.000		+ 355.000
	- Erstattung Bund v. Pers. u. Sachkosten	545.000	550.000	+ 5.000	
	- Erstattung in Frauenhausfällen	70.000	70.000	+ 0	
	- Bundesbet. f. Unterkunft und Heizung	7.300.000	7.650.000	+ 350.000	
Aufwendungen	Pos. 16 Sonst. ord. Aufwendungen	29.828.500	31.308.500		+ 1.480.000
	- Leistungsbet. Unterkunft u. Heizung	29.300.000	30.595.000	+ 1.295.000	
	- Leistungsbet. Einmalige Leistungen	450.000	605.000	+ 155.000	
	- Leistungsbet. Eingliederung	100.000	100.000	+ 0	
	- Allg. Geschäftsaufwendungen	8.500	8.500	+ 0	
Ergebnis aus Mindereinnahmen u. Mehrausgaben					+ 2.529.457

Die Kostenbeteiligung des Kreises für Unterkunft und Heizung und einmalige Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II - Grundsicherung für Arbeitsuchende - ist im Ansatz 2009 mit 29,8 Mio. € enthalten. Das Ergebnis dieser Aufwandsposition wird also durch diese Leistungen beherrscht. Das Sozialamt und die ARGE SGB II gehen davon aus, dass der Aufwand um fast 1,3 Mio. € steigen wird und für die weiteren, einmaligen Leistungen des Kreises nach dem SGB II ebenfalls ein Mehraufwand entstehen wird, so dass insgesamt im Produkt 050210 – Grundsicherung – eine Steigerung um rd. 1,5 Mio. € eintreten wird. Darüber hinaus zeichnet sich bei diesem Produkt auf der Ertragsseite bei den Steuern und ähnlichen Abgaben (hier ist die Wohngeldentlastung veranschlagt), ein Minus von 1,4 Mio. € ab, so dass sich das Ergebnis im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende um **2,5 Mio. €** gegenüber dem Ansatz für 2009 verschlechtern kann.

Als weiterer Aspekt ist zu berücksichtigen, dass die Aufwandsposition der Ziff. 16 durch die übertragenen Ermächtigungen aus dem Haushaltsjahr 2008, die voll in Anspruch genommen werden sollen, belastet wird.

Allerdings hat sich in den vergangenen Jahren gezeigt, dass die Verwaltung im Bereich der Sachkosten sehr sparsam gewirtschaftet hat. Evtl. kann sich daraus eine Entlastung ergeben.

5. Finanzplan

Durch den Erlös aus der Veräußerung der Anteile am Pensionsfonds der wvk (sog. Kanther-Rücklage) in Höhe von 850 T€ übersteigen zurzeit die Einzahlungen für Investitionen die erfolgten Auszahlungen. Dieser Betrag wird in den Grundstock zur nachhaltigen Dämpfung der Versorgungsverpflichtungen übernommen.

Über den Stand der laufenden Investitionen sollte im nächsten Finanzstatus (zum 31.10.2009) berichtet werden.

6. Bewertung des Zwischenberichtes

Die Prognose zum Stichtag 31.07.2009 ist durch den Rückgang des Ausgleichsbetrages des Landes für den Fortfall des Wohngeldes um **1,4 Mio. €** und den Anstieg der sozialen Leistungen des Sozialamtes und der ARGE SGB II um **2,6 Mio. €** bestimmt. Mehrerträge aus der Erstattung des Bundes infolge erhöhter Leistungen ergeben sich mit rd. **325 T€** Mehrerträge aus Transferleistungen mit **660 T€** verbessern dies Ergebnis.

Gegenüber dem Finanzstatus zum 30.04.2009 ergibt sich im Personalbudget im Bereich der Rückstellungen eine Entlastung um 1,7 Mio. €. Grund hierfür ist eine Neuberechnung der Zuführungen zu den Rückstellungen für die Beihilfe- und Pensionsverpflichtungen, erstellt wegen der gesetzlichen Neuregelung zur Altersgrenze für Beamte. Insgesamt wird dennoch eine Überschreitung des Haushaltsansatzes von rd. **390 T€** eintreten.

Darüber hinaus zeichnet sich jetzt ab, dass die Mittel für die Unterhaltungsmaßnahme des Berufskollegs Beckum zögerlicher fließen als veranschlagt, so dass sie bis auf einen Betrag von voraussichtlich **200 T€** nicht mehr im laufenden Jahr ausgegeben werden. Eine erneute Ermächtigungsübertragung ist aber zu erwarten, die das Jahr 2010 zusätzlich belasten wird.

Somit schließt dieser Finanzstatus mit dem Ergebnis einer Verschlechterung um **3,8 Mio. €** gegenüber den Ansätzen des Haushaltes ab:

Abweichungsgrund	Umfang / Auswirkung €
Mindererträge aus Steuern u. ähnl. Abgaben	- 1.400.000
Mehrerträge aus sonstigen Transfererträgen	660.000
Mehrerträge aus der Erstattung Bund und nicht planb. Erträgen	500.000
Summe Erträge	- 240.000
Mehraufwand Personalbudget	390.000
Mehraufwand soz. Leistungen u.a.	1.400.000
Mehraufwand SG II u. Sachaufwand	1.600.000
Mehraufwand Unterhaltung der Gebäude	200.000
Summe Aufwendungen	3.590.000
Verschlechterung	- 3.830.000